

Drohender Kahlschlag im Sozialen!

Die Berliner Regierung entfernt sich immer mehr vom Volke. Alle paar Tage kommt sie mit Ideen für neue soziale Grausamkeiten um die Ecke.

Natürlich nur für's einfache Volk, nicht für die Reichen. Ganz zu schweigen von den Unternehmen und Aktionären, die sich an der Aufrüstung dumm und dämlich verdienen.

Die Liste der Zumutungen („Sozialreformen“ genannt) ist lang. Einige Beispiele:

● Die Ausgaben für die **gesetzlichen Renten** seien zu hoch – das werde sich ändern, so Merz bei einem Bankertreffen am 20. April. Die umlagefinanzierte Rente könne künftig allenfalls noch als „Basisabsicherung im Alter“ gelten. Kapitalgedeckte Elemente einer betrieblichen und privaten Altersversorgung müßten künftig eine viel größere Rolle spielen als bisher. - Woher die Versicherten aber das Geld für die private Vorsorge nehmen sollen, erklärte er nicht.

● Die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen in der **gesetzlichen Krankenversicherung** soll ebenfalls Geschichte sein. Die sei einfach zu teuer und werde deshalb künftig für das Gros der versicherten Paare und Familien entfallen, so Gesundheitsministerin Warken. Die Vorschläge ihres Ministeriums für die angekündigte KV-Reform belaufen sich auf insgesamt 20 bis 30 Milliarden € an Einsparung - pro Jahr!

● Auch in der **Pflegeversicherung** stecke noch viel Kürzungspotential. So sollen unter anderem alle Zugänge zu den Pflegestufen durch höhere Anforderungen erschwert werden, was wiederum die Zahl an (anerkannt) Pflegebedürftigen senken soll. Und wer geglaubt hat, eine Reform der PV würde endlich das Problem kaum mehr verkraftbarer Eigenbeteiligungen bei vollstationärer Pflege angehen, mit einer entsprechenden Entlastung der Heimbewohner, bekommt auch diesen Zahn gezogen: Nach den bisher durchgesickerten Plänen sollen die gestaffelten Zuschüsse der Pflegeversicherung

zur Senkung der Eigenanteile noch später greifen als schon bisher.

● **„Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“** - unter diesem Titel tauchte vor ein paar Tagen ein weiterer Horrorkatalog von Einsparmaßnahmen im Sozialbereich auf, der zur Zeit zwischen Vertretern der Bundesregierung, einigen Bundesländern und kommunalen Spitzenverbänden hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Sie betreffen laut Paritätischem Wohlfahrtsverband Millionen von Bundesbürgern unmittelbar: Kinder, die auf Schulbegleitung angewiesen sind. Jugendliche, die ohne Jugendhilfe auf der Strasse landen würden. Menschen mit Behinderungen, die ohne individuelle Assistenz nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Alleinerziehende, die Unterhaltsvorschuss beziehen. Und Einrichtungen, die für diese Personengruppen arbeiten und deren Existenz eben auch an den gesetzlichen Ansprüchen hängt, die hier zur Disposition gestellt werden.

● Und nicht zu vergessen die Verschärfungen beim **Bürgergeld**, die von der Regierung erst vor ein paar Wochen im Affentempo durch den Bundestag gepeitscht wurden (nicht mal das Ergebnis des SPD-Mitgliederbegehrens wollte man noch abwarten!). Schon das zweite Jahr in Folge wurde überdies die gesetzlich vorgeschriebene Anpassung der Regelsätze an die allgemeine Preis- und Lohnentwicklung ausgesetzt – und das trotz der rasant steigenden Lebenshaltungskosten!

Wie gesagt: **Die Liste der Zumutungen (als „Sozialreformen“ getarnt) ist lang. Selbst der 8-Stunden-Tag wird zur Disposition gestellt! Kurz: Es gibt kaum noch eine soziale Errungenschaft, die von der aktuellen Koalition nicht unter Beschuss genommen würde.**

Der Sozialstaat sei „so nicht mehr bezahlbar“, hatte der Kanzler bereits im letzten Herbst geunkt. Sein Finanzminister Klingbeil (SPD) legte nach: „Es werden schon sehr herausfordernde Jahre. Wir werden den Menschen auch was abverlangen müssen in den nächsten Jahren.“ Und die Gesundheitsministerin (CDU) ist sich sicher, dass die Menschen schon wüssten, „dass es Veränderungen brauche und das Einschnitte bedeute“. Dabei wird von allen Akteuren immer wieder auf eine angeblich angespannte Haushaltslage verwiesen, wegen derer über alle Ressorts hinweg gespart werden müsse.

Was ungesagt bleibt, ist, dass **EIN RESSORT AUSGENOMMEN** ist – nämlich das Ressort für Verteidigung bzw. Rüstung. Auf diesem Sektor hat die schwarz-rote Koalition ehrgeizige Pläne. Die Bundeswehr soll binnen weniger Jahre zur größten konventionellen Armee in Europa entwickelt werden. Maßgebliche Unternehmerkreise wie auch die Regierung in Berlin sind offenbar zu der Einschätzung gelangt, dass deutschen Wirtschaftsinteressen am besten gedient sei, wenn die eigenen Ansprüche (Rohstoffe, Märkte etc.) mit einer glaubhaften militärischen Drohkulisse unterfüttert werden...

Und so verhält es sich bei Lichte gesehen so, dass dem Staat nicht etwa weniger Geld als in den Vorjahren zur Verfügung stünde, vielmehr von der Regierung im großen Stil eine **UMSCHICHTUNG** betrieben wird, mit dem Ziel, das Geld für all die zusätzlichen Panzer, Fregatten und Soldaten durch Einsparungen auf allen anderen Feldern – gleich, ob Soziales, Umwelt oder Bildung – aufzutreiben.



Zwar soll, um bei der Wahrheit zu bleiben, ein Großteil der Waffen zunächst per Kredit finanziert werden (dafür war vor 1 Jahr extra das Grundgesetz geändert worden), doch allein die Zinsbelastung wird sich bis 2029 von heute 30 Mrd. € auf über 60 Mrd. € pro Jahr verdoppeln. Hinzu kommen Mehrausgaben für Verteidigung aus dem regulären Haushalt sowie die – spätestens 2028 einsetzende – Tilgung von Krediten aus früheren „Sondervermögen“.

Sie wollen, dass wir angesichts der – konstruierten – Gefahr von außen näher zusammenrücken, unsere Ansprüche an den Staat – und unser Leben – zurückschrauben. Doch diesen Gefallen sollten wir ihnen nicht tun. Die Aufrüstung und zunehmende Militarisierung der Gesellschaft sind nicht in unserem Interesse – im Gegenteil: Sie sind sogar gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten gerichtet. Denn wer würde im Ernstfall in den Krieg geschickt? Kein Merz, kein Klingbeil und bestimmt auch kein Pistorius!

Noch ist der Widerstand gegen die skandalösen Kürzungen gering entwickelt, doch dabei darf es nicht bleiben. Lohnabhängige und Erwerbslose sollten sich dabei auch nicht auseinanderdividieren lassen! Etwa nach dem Motto: Wer arbeitet, ist Teil der Gesellschaft – wer es nicht tut, muss sich erst noch bewähren. Das sind die bekannten Sprüche aus dem Arbeitgeberlager. Arbeitslosigkeit kann jeden treffen, ob als Folge von Kündigung, Krankheit oder Krise ist nicht entscheidend.

Wieviel Arbeitslose haben wir? Allein 40.000 in Dortmund (!), das sind mit ihren Familien 100-120 Tausend Menschen. Fast ein Fünftel der Dortmunder Bevölkerung! Alles selbstverschuldet? Wer's glaubt!

Liebe SPD, auf die dauernden Provokationen nur „mit Unverständnis“ zu reagieren, reicht nicht! Mit der Reaktivierung der ausgesetzten Vermögenssteuer, einer wirksamen Erbschaftssteuer, einer Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Eintreibung der entgangenen Steuern aus Cum-Ex wäre genügend Geld für alle Sozialleistungen vorhanden. Auch die dringend erforderliche Konsolidierung der Sozialversicherungssysteme liesse sich damit bewerkstelligen. Nur: Das muss eine Regierung auch wollen!

Parteispenden hin und Lobbyismus her – die von uns gewählten Volksvertreter sind hier in der Pflicht – sonst haben sie diesen Namen nicht verdient...

... und wir, das Volk, müssen darauf schauen, wer das Geld wirklich für die Arbeiter, die Rentner, die Arbeitslosen, die Geflüchteten, für die Armen einsetzt – und wer versucht, uns was vorzumachen.

- **Butter statt Kanonen! Nein zur Aufrüstung, zur Wehrpflicht und zu Kriegsvorbereitungen!**
- **Keine Kürzung der Sozietats zugunsten einer Militarisierung Deutschlands!**
- **Keine höheren Eigenanteile in der Gesundheits- und Pflegeversorgung!**
- **keine direkten oder indirekten Kürzungen bei der Rente!**
- **Armutsfestes, bedarfsdeckendes Bürgergeld und Sozialhilfe!**
- **Neuberechnung des Kinderbedarfs nach Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts!**
- **Superreiche zur Kasse! Wiedereinführung der Vermögenssteuer! Erbschaftssteuer anheben!**